

## Rede des SPD Fraktionsvorsitzenden im Rat der Stadt Kamen Daniel Heidler zum Haushaltsplan 2022

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,

Sehr geehrte Damen und Herren,

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

da wir uns darauf verständigt haben die Haushaltsreden auf ein zeitliches Minimum zu begrenzen, will ich aus der Sicht der SPD-Fraktion auch nur das Wesentliche aus den Haushaltsplanberatungen wiedergeben:

Die SPD-Fraktion sieht den Haushaltsplanentwurf 2022 als Ergebnis eines zehnjährigen Konsolidierungskurses, der uns in die Lage versetzt einen Haushalt vorzulegen, der einen Haushaltsüberschuss aufweist.

Bereits in den Jahren 2020- und voraussichtlich 2021- ist es gelungen mit den Erträgen auszukommen, um den Aufwand zu decken. Damit wurde ein Ziel erreicht, das wir 2012 beschrieben haben und nun auch **bereits vorzeitig** erreicht haben.

**Mission erfüllt!** Kann man hier selbstbewusst sagen, ohne dabei zu ignorieren, dass ein städtischer Haushalt von äußeren Einflüssen abhängig ist und man auch das Glück des Tüchtigen in Anspruch nehmen darf um Haushaltsziele zu erreichen.

Die Prognose, dass das Haushaltssicherungskonzept in der vorgelegten Form keine zwei Jahre halten würde, wie es eine damalige Vertreterin des Rates formuliert hat, ist auf jeden Fall nicht eingetreten. Es war als keine **Mission Impossible**. Trotzdem eine Herausforderung.

Die positive Bewertung eines Haushalts hängt aber nicht nur davon ab, ob man Aufwand und Ertrag in Einklang bringt. Vielmehr muss ein Haushalt daneben einen Beitrag leisten, das Stadtleben so zu gestalten, dass das soziale Miteinander gefördert wird, es gesellschaftliche Teilhabemöglichkeiten für jeden Menschen gibt und Chancengleichheit in unserer Stadt ermöglicht wird.

Und natürlich gehört es auch dazu, dass wir Haushaltsmittel so einsetzen, dass sie Umwelt und Klima schützen.

Auch das sehen wir in dem Haushaltsplanentwurf verwirklicht. Die investiven Auszahlungen von 34,6 Millionen Euro sind Investitionen in die Zukunft unserer Stadt.

Es sind vor allem Investitionen in die Schulen unserer Stadt, in den Sport unserer Stadt und in die Sicherheit von Leib und Leben, wenn wir die nennbaren Investitionen in die Rettungswachen mit betrachten.

Zwei Investitionsvorhaben will ich dabei nochmals besonders hervorheben.

Das Gymnasium wird als Lernstandort ertüchtigt. Dafür werden in den Haushaltsjahren 22 und 23 zunächst 20 Millionen Euro bereitgestellt.

Das ist eine Menge Geld, aber am Ende gut angelegt, wenn es dazu führt, dass junge Menschen eine angemessene Lernumgebung haben, die sie auf eine Zukunft vorbereitet, die im Zeitalter von Digitalisierung und Transformation der Wirtschaft von jungen Menschen viel abverlangt wird. Unserer Aufgabe als Schulträger müssen wir gerecht werden, und für die SPD sage ich „**wir wollen das auch!**“

Dies gilt diesmal in besonderer Weise am Schulstandort Gymnasium, aber genauso an allen Lernstandorten, in die ebenfalls weiterhin investiert wird.

Und als Zweites will ich erneut hervorheben, dass wir Investitionskostenzuschüsse für den Bau eines Kamener Kombibads leisten.

**Kamen bleibt eine Stadt des Schul-, Vereins- und Freizeitschwimmens.**

Ich will an dieser Stelle auch erwähnen, dass wir Jahr für Jahr wesentliche Ausgaben für den Umwelt- und Klimaschutz leisten. Ich betone dies an dieser Stelle, weil in der einen oder anderen Ratsdebatte der Eindruck vermittelt wird auf diesem Gebiet geschehe nichts. Allein das Umwelt- und Klimamanagement weist Gesamtkosten von 156.000

Euro in 2022 auf, hinzu kommen Maßnahmen zur Förderung der Nahmobilität, die insbesondere bei der Veränderung von Radwegen Investitionen von 5,3 Millionen über mehrere Jahre vorsehen und ergänzend sind Ausgaben zur Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes zu finden.

Und dabei sind dann die Ausgaben von ÖPNV, Gestaltung des öffentlichen Grüns und die Maßnahmen der Abfallwirtschaft noch gar nicht erwähnt.

**Aber, es ist auch richtig so.** Die Eröffnung von Chancengleichheit, die Förderung des sozialen Miteinanders im Sport- und Vereinsleben und ein Beitrag zu ökologischer Nachhaltigkeit müssen fortwährende Haushaltsziele bleiben.

Auch die Anträge, die die SPD in diesem Jahr, teilweise mit der CDU, auf den Weg gebracht hat, liegen auf der Ebene dieser Beschreibung und es ist gut, dass sie im Haushalt wiederzufinden sind.

Wir bekommen das auch nach wie vor gut hin. **Aber:** Wir haben in der SPD-Fraktion auch die Mahnung des Kämmerers gehört, dass mit dem Jahr 2022 nicht das Ende der Konsolidierung gekommen ist. Sondern, wir haben verstanden, dass die Höhe unserer Aufwendungen insbesondere in der Perspektive bis 2025 in den Blick genommen werden müssen.

Auch dazu sind wir bereit, sofern das generelle Gleichgewicht zwischen Haushaltskonsolidierung und Erhalt der sozialen Infrastruktur unserer Stadt nicht ins Wanken gerät.

Und wir rufen hier auch die anderen Fraktionen auf, sich über diese Frage Gedanken zu machen.

Klar bleibt aber auch, um das im Grundgesetz verankerte Ziel gleicher Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland zu gewährleisten, müssen Bund und Land mehr Bemühungen unternehmen, um den Kommunen zu helfen, die in den letzten Jahren in besonderer Art und Weise mit sozialen Herausforderungen zu kämpfen hatten.

Es ist deshalb zu begrüßen, dass eine Lösung der Altschuldenfrage im Koalitionsvertrag auf Bundesebene zwischen SPD, B90/die Grünen und der FDP aufgenommen wurde. Und wir sind gespannt, wie die Landesregierung auf diese erneute Initiative reagieren wird.

Noch wichtiger ist aber, wenn uns Bund und Land dauerhafte strukturelle Entlastungen zusichern. Mit 59,3 Millionen Euro bleiben die Transferaufwendungen der größte Posten unter den Aufwendungen.

Die Entlastung der Kommunen von Aufwendungen aus der Sozialgesetzgebung, die Veränderung des Gemeindefinanzierungsgesetzes und auch eine Reform des NKF müssen auf der Tagesordnung bleiben. **Auch, nach der Landtagswahl!**

Das Gleiche gilt für die Frage, wie man die Kommunen zukünftig von den Schulden befreit, die durch Corona dazukommen. Auch, wenn wir derzeit Mehraufwendungen und Steuerausfälle als außerordentliche Erträge buchen dürfen, bleiben sie eine Belastung für die nächsten Generationen und eine Einschränkung kommunaler Handlungsfähigkeit ab der Mitte dieses Jahrzehnts. Denn dass, was wir hier außerordentliche Erträge nennen sind nur kreditierte Mittel.

Eine Antwort auf diese Frage vermissen wir bisher. Aber wir werden auch nicht damit aufhören Reformeifer bei der Landesregierung anzumahnen.

Die gilt im übrigen auch dann, wenn sich die Farbe der Landesregierung im Mai verändert.

Ich danke im Namen der SPD-Fraktion, allen Verwaltungsmitarbeiterinnen und Mitarbeitern und in diesem Kontext insbesondere dem Kämmerer Ralf Tost und seinem Team für ihre Arbeit.

Glückauf!

(Es gilt das gesprochene Wort)

